

Freie, sichere und gerechte Städte – eine europäische Erfolgsgeschichte und Zukunft

Augsburger Erklärung des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS),

verabschiedet auf der Mitgliederversammlung am 26. Juni 2019 in Augsburg/Deutschland

Auf der Grundlage der 30-jährigen Arbeit von EFUS und seinen über 250 Mitgliedern und auf der Grundlage der Manifeste von Montreal, Paris, Neapel, Saragossa, Aubervilliers und St. Denis und zuletzt im Jahre 2017 von Barcelona stellen wir fest:

Die europäischen Städte und Regionen Europas können zu Recht stolz auf die Lebensqualität und Sicherheit sein, die sie zu bieten haben. Im Rahmen des europäischen Projekts erfreuen sie sich der längsten Friedenszeit, die der Kontinent seit der Antike erlebt hat, und platzieren sich regelmäßig unter den sichersten der Welt.

In unserem Alltag und im Hinblick auf die weltpolitische Lage verlieren wir manchmal aus dem Blick, dass die europäischen Städte ihren Bürgern Räume der Sicherheit, der Freiheit und des Wohlbefindens bieten, die weltweit einzigartig sind.

In einer Zeit in der populistische und politische Strömungen die Solidarität der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft in Frage stellen, Gesellschaften spalten und Menschen im Glauben an die Friedensstiftung eines vereinigten Europas verunsichern, erkennen wir, die Mitgliedstädte und Regionen des Europäischen Forums für urbane Sicherheit (EfUS) die Vorteile und Perspektiven an, die das Projekt der europäischen Einigung und Integration unseren Bürgerinnen und Bürgern gebracht hat und weiterhin bringen wird.

Die europäischen Vertragswerke und unser unerschütterlicher Glaube an die gemeinsamen Anstrengungen für die europäische Zusammenarbeit und Integration, die Abkehr von Nationalismus und Partikularinteressen führte uns zu einer Gemeinschaft des Handelns und Denkens.

Wir haben gemeinsam erkämpft, dass Sicherheit ein Gemeinschaftsgut und ein grundlegender Bestandteil unserer Demokratie ist.

Ebenso haben wir als Städte und Regionen die Prävention als die vernünftige und effiziente Antwort auf Kriminalität erkannt. Nicht nur die Polizei, sondern eine Gemeinschaft von vielen Sicherheitspartnern, in vorderster Front die städtischen Institutionen und die Bürgerschaft, wirken an unserer Sicherheit mit.

Die ganze Zivilgesellschaft in ihrer Vielfalt mit einzubeziehen, ist der Schlüssel für unseren stabilen und hohen Sicherheitsstandard in Europa. Die gesamte Bevölkerung muss Verantwortung für die Wohlfahrt und Sicherheit der Städte und Regionen übernehmen. Europäische Prioritäten bei der Konfliktbewältigung liegen auf Interessensausgleich,

Vermittlung und Mediation - unter Verzicht auf Konfrontation und übertriebener Verrechtlichung.

Sicherheit nach europäischem Muster kann auf Dauer nur aufrechterhalten werden in einer unerlässlichen Allianz zwischen Sicherheit und Menschenrechten. Die Achtung der Grundrechte, eine hart erkämpfte Errungenschaft des europäischen Kontinents über Jahrhunderte, muss als übergeordnetes Ziel und grundlegendes Prinzip alle sicherheitspolitischen Maßnahmen leiten.

Wir können als uns Städte und Bürger dem Terror nur erfolgreich entgegenstellen, wenn unsere Antworten von der Achtung und Verteidigung der Menschenrechte, des Rechtsstaats, der demokratischen Legitimität und nach dem Prinzip des Wohlfahrstaates geprägt sind. Dies macht resiliente Städte und resiliente Bürger aus.

In Zeiten, in der manche Bürger den nationalen und supranationalen Regierungsinteressen misstrauen oder ihnen das Misstrauen dagegen eingeredet wird, müssen die europäischen Städte und Regionen, eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung von Sicherheit einnehmen. Denn sie haben das Grundvertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

Wir, die lokalen und regionalen Institutionen Europas können diesem Vertrauen gerecht werden, denn wir verfügen über die Fähigkeiten, die Kenntnisse und die Instrumente, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu gewährleisten. Wir intensivieren daher unser Engagement dafür, unsere Städte und Regionen noch gerechter, fairer und sicherer zu machen.

Wir fordern die Europäische Union auf:

- durch die Einrichtung einer von Efus und seinen Mitgliedern geleiteten **Intergruppe für Sicherheit im Europäischen Parlament** die unverzichtbare Rolle anzuerkennen, die Städte und Regionen bei der Gestaltung der europäischen Sicherheitspolitik spielen;
- die **Ko-Produktion von Sicherheitspolitiken** insbesondere durch die aktive Einbeziehung und Beteiligung der Bürger*innen zu fördern und zu stärken;
- im Sicherheitsprogramm der EU eindeutig die **Priorität auf die Prävention von Kriminalität** zu legen und daran die anderen angekündigten prioritären Maßnahmen anzupassen;
- die **Schlüsselrolle der Städte und Regionen bei der Herstellung von Sicherheit** zu bekräftigen und neue Budgetlinien und Förderrichtlinien für die europäische Programmplanung 2021-2027 vorzuschlagen, die besser an die Bedürfnisse und Zwänge der lokalen und regionalen Behörden angepasst sind;
- **integrierte Sicherheitspolitiken** zu entwickeln, die sich an alle Gruppen der Gesellschaft richten und die Menschenrechte respektieren;
- die **Rolle der Städte und Regionen bei der Terrorismusbekämpfung** weiterhin zu unterstützen, insbesondere durch die Entwicklung lokaler Initiativen zur Verhinderung gewaltsamer Radikalisierung und zur Unterstützung der Opfer;

- in der Urbanen Agenda der EU den **Zusammenhang zwischen Sicherheit im öffentlichen Raum, Kriminalitätsprävention und Stadtplanung sowie Stadtmanagement** anzuerkennen;
- die **strukturelle Finanzierung von Efus** sicherzustellen, damit dieses Netzwerk - das einzige, das europäische Städte und Regionen zusammenbringt, um in Fragen der städtischen Sicherheit zusammenzuarbeiten - in allen EU-Ländern wachsen und sich entwickeln kann.

